

Kommunalpolitik aus christlich- sozialer Verantwortung

Bernd Schulze-Waltrup

Königswinterer *Notizen*

Kommunalpolitik aus christlich- sozialer Verantwortung

Bernd Schulze-Waltrup

Königswinterer *Notizen*

Impressum

Königswinterer Notizen, Nr. 6, Januar 2013

Herausgeber: Stiftung Christlich-Soziale Politik e.V., (CSP)

Werner Schreiber, Vorsitzender

Johannes-Albers-Allee 3, 53639 Königswinter

Redaktion: Karsten Matthis und Josef Zolk

Tel. 02223-73119; E-Mail info@azk.de

Internet: www.azk.de

Produktion: TiPP 4, Rheinbach

Die Ausgaben der Königswinterer Notizen erscheinen
in unregelmäßigen Abständen.

Vorwort

Politik vor Ort ist von entscheidender Bedeutung für die Demokratie und ihre Glaubwürdigkeit. Durch die kommunalpolitische Arbeit in Parlamenten, Fraktionen und Parteien sowie Initiativen erleben die Menschen den Wert der Demokratie hautnah. In der Stadt und Gemeinde erfahren Bürgerinnen und Bürger ganz unmittelbar die Realisierung ihrer Bedürfnisse und Interessen. Ein leistungsfähiges Infrastrukturnetz mit sozialer Versorgung, Bildungsangeboten für alle Generationen sowie eine gesicherte Energieversorgung geschieht lokal und wird vor Ort geplant und entschieden. Es entspricht dem Grundsatz der Subsidiarität, dass Bürger sich vor Ort einbringen, mitentscheiden und mitverantworten können.

Das föderative System der Bundesrepublik Deutschland fußt auf leistungstarken und innovativen Kommunen, die in der Lage sind, vor Ort den sozialen Rechtsstaat umzusetzen und weiter zu entwickeln. Moderne Kommunalpolitik braucht deshalb qualifizierte Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, die „das Beste für ihre Stadt suchen“ wie es schon im Alten Testament (Jeremia 29, 7) heißt und an der Entwicklung moderner kommunalpolitischer Ideen mitwirken.

Das sechste Heft der Königswinterer Notizen widmet sich auf Anregung des Kommunalpolitikers, Bernd Schulze-Waltrup (Paderborn), Kreistagsmitglied und Mitglied des CDA-Bundesvorstandes der **„Kommunalpolitik aus christlich-sozialer Verantwortung“**.

In seinem Aufsatz treibt ihn die Frage um, wie angesichts der sozialen und ökologischen Herausforderungen in unserem Land eine human- und sozialverträgliche Kommunalpolitik konzipiert werden kann. Seine Denkanstöße und konzeptionellen Vorschläge werden unsere Seminararbeit und Fachgespräche bereichern. Für seine Mühe grundlegende Positionen einer christlich-sozialen Kommunalpolitik zu formulieren, schuldet die Stiftung Christlich-Soziale Politik e. V. ein herzliches Dankeschön.

Eine gute und sicherlich anregende Lektüre wünschen



Werner Schreiber, Minister a. D.
Vorsitzender der Stiftung CSP



Karsten Matthis
Geschäftsführer der Stiftung CSP

Kommunalpolitik aus christlich-sozialer Verantwortung

Von Bernd Schulze-Waltrup Mitglied des Kreistages Paderborn und Vorsitzender des Sozial- und Gesundheitsausschusses des Kreises

Auszug aus der Enzyklika „Quadragesimo Anno“ von Papst Pius XI (1931):

„.....wie dasjenige, was der Einzelmensch aus eigener Initiative und mit seinen eigenen Kräften leisten kann, ihm nicht entzogen und der Gesellschaftstätigkeit zugewiesen werden darf, so verstößt es gegen die Gerechtigkeit, das, was die kleineren und untergeordneten Gemeinwesen leisten und zum guten Ende führen können, für die weitere und übergeordnete Gemeinschaft in Anspruch zu nehmen; zugleich ist es überaus nachteilig und verwirrt die ganze Gesellschaftsordnung. Jedwede Gesellschaftstätigkeit ist ja ihrem Wesen und Begriff nach subsidiär; sie soll die Glieder des Sozialkörpers unterstützen, darf sie aber niemals zerschlagen oder aufsaugen.“ (1)

Finanzkrise, Demographischer Wandel, Globalisierung – Im Wechselspiel mit Herausforderungen auf lokaler Ebene

Die Bürgerinnen und Bürger stehen aktuell vor vielen Herausforderungen. Weltweite Krisen an den Finanzmärkten, die Gefahr von Staatspleiten und die Zukunft des Euros schüren die Furcht vor einer ungewissen Zukunft. Von anderen krisenhaften Entwicklungen in aller Welt von Afghanistan bis Afrika oder den Bedrohungen durch den Terror ganz zu schweigen. Durch den Atomunfall von Fukushima ist die Energieversorgung zu einer der zentralen Zukunftsfragen geworden. Im Zusammenspiel mit dem Klimaschutz und den zum Teil bedrohlichen Wetterphänomenen rückt die Versorgung mit sauberer und vor allem bezahlbarer Energie immer mehr in den Fokus der Menschen. Dabei bestimmt die Angst vor der Zukunft in der Wahrnehmung der Medien die öffentliche globale Debatte.

Der Alltag für die Menschen in den Städten und Gemeinden wird trotz aller globalen Krisen von lokalen, oft ganz simplen und kleinen Problemen und Fragestellungen bestimmt, die das „normale“ Leben beeinflussen.

Da geht es um die Öffnungszeiten von Kindergärten, den sicheren Schulweg ob zu Fuß oder mit dem öffentlichen Nahverkehr, die Suche nach einem Pflegeplatz für die demente Mutter oder die ärztliche Versorgung im ländlichen Raum. Da müssen die Straßen in einem guten Zustand sein, um die Arbeit zu erreichen und da gilt es Arbeits- und Ausbildungsplätze zu finden. Oft ist die Frage, ob ein Unternehmen vor Ort eine Zukunft hat oder ob Arbeitsplätze abgebaut werden, nicht global sondern ganz konkret und lokal. Der Bau oder die Instandhaltung von Schulen oder Verwaltungsgebäuden, die Diskussion über die Schaffung von günstigem Wohnraum etwa für die steigende Zahl von Studentinnen und Studenten, oder die Gestaltung bzw. Erhaltung von Kultureinrichtungen bestimmen die Beratungen in Räten und Kreistagen.

Die Kommunalpolitik befasst sich mit den konkreten Lebenssituationen der Menschen. Sie will versuchen – ohne Allerdings diesen Anspruch zu erheben – den Bürgerinnen und Bürgern eine gewisse Sicherheit in dieser globalen Welt zu geben. Die globalen Themen und Herausforderungen setzen Grenzen aber auch Vorgaben, in welche Richtung sich Städte und Gemeinden entwickeln können und müssen. Grenzen des finanziell machbaren und Rahmenbedingungen, in denen Räte und Kreistage sich bewegen müssen, wenn sie technische, wirtschaftliche und wissenschaftliche Realitäten nicht außer Acht lassen wollen.

Kommunalpolitik ist wie jede politische Auseinandersetzung, die Suche nach einem bestmöglichen Kompromiss. Viele Menschen haben eben auch viele unterschiedliche Interessen. Hier gilt es einen Ausgleich zu finden, den möglichst viele mittragen können. Das werden viele, wenn nicht alle Fraktionen in einem Rat oder einem Kreistag so sehen.

In den Parlamenten treffen liberale, Sozialisten, alternative und konservative Ansichten aufeinander. Wo aber macht christlich-Soziale Politik einen Unterschied? Wie begründen christlich-Soziale ihre Politik, die sich auf die katholische Soziallehre und die evangelische Sozialethik berufen?

Subsidiarität – Der wesentliche Unterschied

Die kleinste Einheit soll das regeln dürfen und auch regeln müssen, was sie alleine regeln kann. Das ist der Kerngedanke von Subsidiarität. Christlich-soziale sehen zuerst den Menschen in der Verantwortung, für sich zu sorgen.

Das ist der Auftrag, der – nach christlichem Verständnis – allen Menschen gegeben ist. Dazu ist der Mensch mit seinen individuellen Fähigkeiten ausgestattet worden.

Der CDU ist klar, dass der Staat nicht alles regeln kann. Nicht nur, weil es den Staat finanziell überfordert – und dass wir auf dem Weg dorthin sind, ist überall zu sehen – sondern weil es das Recht eines jeden Bürgers und jeder Bürgerin ist, dass er sich frei entfalten kann. Nach Art. 1 Grundgesetz (2) ist die Würde des Menschen unantastbar. Und nach Art. 2 Grundgesetz (2) hat er das Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit. Damit ist den Menschen zum einen jedem ein Recht, aber eben auch eine Pflicht zugeordnet.

Nach dem christlich-sozialen Verständnis muss der Mensch dieses Recht auch ausüben, in dem er an der Gesellschaft mitarbeitet. Er hat dabei Grenzen einzuhalten. Er darf durch seine freie Entfaltung die Rechte anderer nicht verletzen.

Mit dieser Sichtweise ist auch ein hohes Vertrauen in die Menschen gesetzt. Eine Politik nach diesem Verständnis nimmt den Menschen ernst. Damit wird anerkannt, dass die Menschen im Grunde wissen, was für sie richtig und was falsch ist.

Gleichzeit wird aber mit dieser Auffassung auch klar, dass der Mensch nicht nur Individuum mit individuellen Fähigkeiten ist, sondern eben auch Sozialwesen, das sich in einer Gesellschaft bewegt, ja bewegen muss.

Ein sozialistischer Ansatz vertritt die Auffassung, dass der Staat es besser machen kann. Es will den Menschen die Verantwortung in großen Teilen abnehmen.

Hier liegt ein wesentlicher Unterschied!

Politik viel weiter gefasst

„Politiker sind an allem Schuld!“ Das könnte ein Zitat aus jeder aktuellen privaten Diskussion am Stammtisch sein. Die Berufsgruppe mit dem schlechtesten Ansehen sind die Politiker. Das zeigt immer wieder der GfK Vertrauensindex (3) der alle Berufsgruppen auf Ihr Ansehen untersucht.

Aber wenn wir das gerade geschilderte Verständnis von Verantwortung ernst nehmen, dann muss der Begriff Politik eben viel weiter gefasst werden. Es sind eben nicht nur Politiker, die unsere Gesellschaft bauen, prägen und gestalten. Die Verantwortung liegt bei jedem Einzelnen.

Und für die Christlich-Sozialen fängt diese Verantwortung schon in der Familie an. Die Erziehung liegt doch schon von Natur aus in den Händen der Eltern. Das Kind wird in diese Gemeinschaft geboren und die Versorgung mit Nahrung und Wärme ist natürliche Aufgabe der Eltern. Nehmen Eltern diese Verantwortung nicht wahr, ist das Leben des Kindes bedroht. Niemand würde auf die Idee kommen, dass der Staat für alle Kinder schon nach der Geburt „zuständig“ sein könnte.

Nehmen Eltern aber tatsächlich ihre Erziehungsaufgabe nicht wahr, dann wird nach dem Staat gerufen. Versorgung mit Frühstück und Mittagessen in der Kinderbetreuung, Vermittlung von Basiswissen wie Schuhe binden oder schwimmen lernen, und alles unter Kontrolle durch das Jugendamt, sind inzwischen fast selbstverständlich Aufgaben des Staates geworden.

Es gibt viele weitere Beispiele, wo die Bürgerinnen und Bürger meinen, der Staat müsse sich kümmern. Es gab Zeiten, da konnten Passanten Kindern sagen, dass man seinen Müll nicht auf die Straße schmeißt. Heute trauen sich viele das nicht mehr. Die erzieherische Funktion von Gesellschaft ist ein Stück weit verloren gegangen.

Immer wieder wird dann nach der Politik gerufen. Aber die Dimension des Problems macht klar, dass Politik hier alleine keine Lösungen schaffen kann. Der Begriff der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe verschiebt die Diskussion auf eine viel zu theoretische Ebene. Jeder Einzelne, jede Einzelne ist zum Handeln aufgefordert.

Denn die Gestaltung unserer Gesellschaft, wie wir leben wollen, daran müssen alle mitarbeiten, nicht nur die Politiker. Hier setzt sich der Gedanke aus christlich-sozialer Sicht fort. Der Mensch ist mit seinen Fähigkeiten als Individuum aber auch als soziales Wesen mit einer Verantwortung ausgestattet worden.

Das bedeutet, dass diese Verantwortung nicht auf andere – sprich die Politiker – abgeschoben werden kann. Dazu muss nicht jeder Politik machen. Verantwortung kann jeder in seinen Möglichkeiten in der Gesellschaft wahrnehmen. Viele Menschen praktizieren diese Verantwortung auch. Sonst wäre unsere Gesellschaft schon heute viel ärmer. Jeder Verein, jeder Verband, jede Elterninitiative oder Pflege- oder Palliativbegleitung leisten einen Beitrag zum Gelingen unserer Gesellschaft. In vielen kleinen Städten sind es das Gemeindebackhaus, der Walking-Bus (www.walkingbus.de) oder der Schnatgang des Schützenvereins und vieles mehr, die das Mitein-

ander prägen. So wird Verantwortung wahrgenommen. Denn eine Erkenntnis ist klar: Politik alleine kann die Herausforderungen nicht lösen!

Gesellschaftliches Bewusstsein für die Vielfalt der Themen und Herausforderungen

Das gesellschaftliche Bewusstsein muss sich aber insgesamt verändern. Wie wollen wir in Zukunft wohnen? Wie werden wir uns fortbewegen? Wie stellen wir unsere Gesundheitsversorgung und Bildung vor Ort sicher? Diese (und viele weitere) Fragen stellen sich vor dem Hintergrund von demographischem Wandel und Globalisierung in den Städten und Dörfern ganz konkret.

Immer mehr Singlehaushalte, die nicht mehr auf familiäre Strukturen zurückgreifen können. Immer mehr ältere Menschen mit erhöhtem Betreuungsaufwand und ebenso wenig familiärem Rückhalt. Immer weniger Kinder in den Gemeinden. Diese Entwicklungen stellen den Staat und damit die Kommunen vor große Probleme. Denn die Infrastruktur muss in vollem Umfang aufrechterhalten werden. Dabei werden die Anforderungen aber immer größer.

Die Versorgung der Schülerinnen und Schüler mit Mittagessen wird zur Regel. In den Kindertagesstätten werden die unter 3-jährigen betreut und brauchen Schlafgelegenheiten und Wickelmöglichkeiten. Und für die älteren Menschen müssen Pflege und Versorgung sichergestellt werden.

Die Mobilität aller zu erhalten, ist bis heute ein wichtiges Ziel. So werden die Straßen ausgebaut und erhalten und müssen dabei immer höheren technischen Standards genügen. Der Ausbau des Radwegenetzes ist ein weiterer Baustein. Gleichzeitig entfallen in vielen kleinen Orten die Einkaufsmöglichkeiten. Es gibt weder Bäcker noch Lebensmittelmärkte und damit steigt der Bedarf, weitere Strecken zur Selbstversorgung zurück zu legen. Wo sonst der Schülerverkehr das Rückgrat des öffentlichen Nahverkehrs wenigstens zu Schulzeiten sichergestellt hat, entfällt dieser, wenn immer weniger Schüler vorhanden sind und damit die Finanzierungsbasis des gesamten Nahverkehrs wegbricht.

Aber auch die Ver- und Entsorgung mit Strom, Wasser und Gas muss nicht nur weiter aufrechterhalten werden. Durch die erneuerbaren Energien sind die Netze so intelligent auszubauen, dass der auf Hausdächern und in

Windkraftanlagen erzeugte Strom auch aufgenommen werden kann. Auch Rettungsdienst und Feuerwehr sind auf demselben Niveau zu halten wie bisher. Und das, obwohl nicht immer noch genügend freiwillige Feuerwehrleute oder auch Notärzte vorhanden sind, die das System sicherstellen sollen.

Der Staat wird alle diese Aufgaben nicht schultern können. Den Bürgerinnen und Bürgern muss klar werden, dass es sich um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe handelt, an der wir alle mitarbeiten müssen.

Die christlich-soziale Herangehensweise, den Begriff Subsidiarität tatsächlich zu leben, ist nach allem was wir heute wissen, die einzige Möglichkeit, die Zukunft zu meistern. Dazu gibt es gute Beispiele, wie etwa die Gemeinde Raesfeld aus dem Münsterland. Die Gemeinde ist seit 1993 schuldenfrei und damit sicher eine Ausnahme, aber der Erfolg kommt aus dem Gedanken der Gemeinschaft. Darüber berichtet Spiegel-Online am 14.10.2012:

„Während in den Großstädten des Landes der Staat immer mehr soziale Aufgaben für immer mehr Menschen übernehmen muss, steht in Raesfeld noch die Gemeinschaft füreinander ein. Die Kirchen, Vereine und Verbände haben noch immer großen Zulauf und bestimmen das Leben in der Gemeinde. Neue Sportstätten und Spielplätze bauen die Menschen hier gemeinsam, in der Bücherei arbeiten vor allem ehrenamtliche Helfer. Das spart nicht nur Kosten, sondern verlängert auch die Lebensdauer der Infrastruktur. „Die Menschen identifizieren sich damit und pflegen ihre Umgebung“, sagt der Bürgermeister von Raesfeld Herr Grotendorst.“ (4).

Die Annahme, dass für jeden gesorgt ist, wenn jeder nur an sich selber denkt ist genauso falsch, wie die Vorstellung, dass der Staat alles für alle regeln kann. Die Bürgerinnen und Bürger müssen den Staat mit tragen!

Verwaltung muss gestalten nicht verwalten

Die geschilderten Entwicklungen und Herausforderungen machen auch eine Veränderung in den Verwaltungen notwendig. Die Bewältigung von Anforderungen völlig neuer Sozialstrukturen, die in kleinen Dörfern oder Großstadtzentren höchst unterschiedlicher Lösungen bedürfen, kann kaum mit einem Verwaltungshandeln „bismarckscher“ Prägung erfolgen. Das schlichte abheften von Vorgängen ist dabei ebenso wenig zielführend, wie der alleinige Einsatz von Beamten mit einer Ausbildung im Anwenden von

Vorschriften. Die immer höheren fachlichen Anforderungen werden in allen Fachbereichen immer offensichtlicher.

Werden in den Umweltbehörden schon seit einigen Jahren eigentlich nur noch Fachleute, wie Biologen, Chemiker oder Ökologen eingestellt, damit komplexe Fragestellungen der Sicherung von Lebensräumen, etwa bei der Analyse von Bodenverunreinigungen oder der Gestaltung und Renaturierung von Fluss- oder Bachläufen sachgerecht umgesetzt werden können, bleiben in den Sozialämtern oder bei den Schulverwaltungen die Aufgaben immer noch oft in Händen von Verwaltungsbeamten oder -fachangestellten. Die Diskussion der letzten Jahre um die Jugendämter hat in diesem Bereich sicher schon einiges in Bewegung gesetzt.

Die Ausbildung zu Verwaltungsfachleuten ist aber immer noch der Standard. So werden Verwaltungsfachangestellte der mittleren oder höheren Laufbahn plötzlich zu EDV-Fachleuten oder kümmern sich um die Schulentwicklung oder die Betreuung von pflegebedürftigen Menschen. Die persönliche Leistungsfähigkeit der einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter soll dabei gar nicht diskreditiert werden. Die fachlich komplexen Fragen rund um die genannten oder alle vergleichbaren Fälle, bedarf aber einer entsprechenden Ausbildung. Dazu reicht eine Verwaltungsausbildung längst nicht mehr aus.

Immer mehr kommt dabei den Verwaltungen die Rolle der Netzwerkkoordination zu.

Vorhandene Verwaltungsstrukturen, die sich auf der Basis von Verwaltungsverfahrensvorschriften, Haushaltsrecht und neuem kommunalen Finanzmanagement organisiert haben, sind – nach meinen Erfahrungen – auf diese Aufgabe nicht oder nur sehr unzureichend vorbereitet.

Die gelebte Subsidiarität, die Zusammenarbeit möglichst vieler gesellschaftlicher Gruppen in einer Kommune, erfordert von den Verwaltungen Netzwerkarbeit. Das bedeutet aber ganz konkret, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter jeweils fachbezogen nicht nur kompetent sind, sondern auch, dass sie die Strukturen und Menschen vor Ort kennen.

Es kann nicht sein, dass bei einem Antrag auf Unterstützung eines neuen Beratungsangebotes erst umfangreiche Erhebungen über die in der Region vorhandenen Strukturen vorgenommen werden müssen. Das Wissen über die Angebote vor Ort, bildet die Basis für eine nachfragegerechte Angebotslandschaft. Wenn ich nicht weiß, was den Menschen an Hilfen angeboten wird, kann ich auch nicht wissen, ob es Defizite gibt.

Immer stärker kommt dazu der Begriff der Sozialplanung auf. Was heute in der Jugendhilfeplanung bereits etabliert ist, fehlt in den Sozialämtern oft noch. Wenn die Feststellung richtig ist, dass weder Politik noch Verwaltung heute die Herausforderungen der Zukunft alleine stemmen können, dann müssen alle relevanten Gruppen optimal in Planungs- und Entscheidungsprozesse eingebunden werden.

Das gilt natürlich ganz besonders für die Politik. Über die Parteien, die Fraktionen, die Ausschüsse, die Parlamente insgesamt muss sich die Volksvertretung verstärkt einbringen. Und es ist klar, dass auch in der Politik und da gerade von den Abgeordneten in den Parlamenten Fachkompetenz, Engagement und Netzwerkarbeit gefordert ist.

Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger

Wenn bei Verwaltungsentscheidungen in einem Netzwerk die relevanten Gruppen beteiligt werden, dann gilt das natürlich umso mehr für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger. Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger muss eine wesentliche Rolle spielen, wenn für die Entscheidungen auch Verständnis vorhanden sein soll. An vielen aktuellen Beispielen wie Stuttgart 21 wird dies offensichtlich. Immer öfter verhindern Klagen vor den Gerichten Projekte, die eben nicht frühzeitig mit den Betroffenen abgestimmt wurden.

Netzwerkarbeit der Abgeordneten bedeutet ganz konkret der Austausch mit den Vereinen, Verbänden, Institutionen, Firmen und Handwerkern eben den Menschen im Wahlkreis. Es klingt nach Selbstverständlichkeiten, aber die Realität sieht anders aus. Reichte es vor 20 Jahren noch aus bei den Festen und zu den Geburtstagen im Wahlkreis vor Ort zu sein, gilt es heute verstärkt in den Dialog über Angebote, Strukturen und Konzepte mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen.

Mit einer immer unterschiedlicher zusammengesetzten Bevölkerung, wandeln sich auch Ansichten und Themen. So kommen in eine Stadt wie Paderborn jedes Jahr mehr als 7.000 Menschen neu in die Stadt während etwa die gleiche Zahl die Stadt verlässt (Paderborn hat tatsächlich einen Wanderungsgewinn) (5). Damit kommen Menschen in das ehemals mehrheitlich katholisch geprägte westfälische Oberzentrum in Ostwestfalen-Lippe, die weder katholisch, noch westfälisch, geschweige denn (mehrheit-

lich) christlich-sozial geprägt sind. Diese Neubürger müssen aber auch angesprochen und mit Ihren Bedürfnissen begleitet werden. Dazu gilt es neue Wege der Kommunikation zu finden. Und da ist die direkte Ansprache sicher der beste Weg. Den kann der oder die Abgeordnete aber nur finden, wenn er vor Ort ist!

Als gewählter Abgeordneter treibt mich dabei aber auch die Frage um, wie wir die Menschen erreichen können. Nicht immer werden politische Veranstaltungen, wo ja Informationen an die Bürger gegeben werden sollen, von den Menschen angenommen. Oft wird erst spät erkannt, dass es eine persönliche Betroffenheit gibt. Und dann wird der Politik der Vorwurf gemacht, man hätte die Bürger nicht beteiligt. Aber auch hier spielt der Gedanke der Subsidiarität eine Rolle.

Es liegt eben nicht allein in der Verantwortung der Politiker, sich „zu kümmern“. Die Bürgerinnen und Bürger müssen bereit sein mitzugestalten. Und wenn es nur das Gespräch ist, bei dem sie den gewählten PolitikerInnen ihre Meinung sagen.

Willensbildung kann nur im Dialog erfolgen. Der darf auf vielen Ebenen ablaufen, auch über die neuen Medien. Aber letztlich tragen wir alle, Gewählte und Wähler Verantwortung für unser Gemeinwesen.

Der Gedanke an zukünftige Generationen – Nachhaltigkeit

Immer mehr muss gerade auch in der Kommunalpolitik auch der Gedanke der Nachhaltigkeit aufgegriffen werden. Die Bundesregierung hat dazu 2001 einen Rat für Nachhaltige Entwicklung eingesetzt. Der Rat hat folgenden Auftrag: „Nachhaltigkeitspolitik soll eine wichtige Grundlage schaffen, um die Umwelt zu erhalten und die Lebensqualität, den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft und die wirtschaftliche Entwicklung in einer integrierten Art und Weise sowohl in Deutschland als auch international voran zu bringen. Ziel ist es dabei, eine ausgewogene und gerechte Balance zwischen den Bedürfnissen der heutigen Generation und den Lebensperspektiven künftiger Generationen zu finden“ (6).

Dr. Joachim Faber, Mitglied des Rates für nachhaltige Entwicklung formuliert es so: „Gesellschaftliches Bewusstsein ist eine treibende Kraft für Nachhaltigkeit. Deshalb müssen wir die Folgen gesellschaftlichen Handelns

aufzeigen und die Diskussion nachhaltiger Lösungsansätze öffentlich machen.“ (7).

Christlich-soziale Politik endet nicht mit einer Wahlperiode. Sie nimmt auch die längerfristigen Auswirkungen von Entscheidungen in den Blick. So kann der schonende Umgang mit der Umwelt oder den Ressourcen gerade christlich begründet werden. Das ist im besten Sinne des Wortes konservativ. Denn wir wollen die Erde bewahren und weiterentwickeln. Denn die Fehler, die wir (oder unsere Vorfahren) gemacht haben, wollen wir nicht wiederholen, sondern unsere Politik behutsam weiterentwickeln und damit die Zukunft sichern.

An dieser Stelle wird aber auch klar, dass damit keine religiös beschränkte (etwa rein katholische) Begründung für Politik vorhanden ist, sondern alle Menschen zu diesem Ergebnis kommen können, egal welchen Glauben sie haben. Unseren Kindern eine Welt zu hinterlassen auf und von der sie leben können. Auf dieses große Ziel können sich sicher alle Menschen einigen.

Literatur:

- (1) „Quadragesimo Anno“ von Papst Pius XI veröffentlicht auf der Internetseite der Universität Innsbruck unter: <http://www.uibk.ac.at/theol/leseraum/texte/319.html>
- (2) Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland aus www.gesetze-im-Internet.de vom Bundesministerium des Inneren.
- (3) GFK Vertrauensindex 2011, GFK Custom Research
- (4) „Unser Dorf soll reicher werden“ von Jörg Diehl in Spiegel Onlien am 14.10.2012; <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/raesfeld-wie-eine-gemeinde-die-schulden-abtrug-a-860837.html>
- (5) Statistisches Jahrbuch der Stadt Paderborn 2011
- (6) Auftrag des Rates für nachhaltige Entwicklung in <http://www.nachhaltigkeitsrat.de/der-rat/auftrag-des-rates/>
- (7) Zitat von Dr. Joachim Faber, Mitglied des Rates für nachhaltige Entwicklung in <http://www.nachhaltigkeitsrat.de>

Zur Person:

Bernd Schulze-Waltrup
 Greiteleweg 56 F
 33103 Paderborn
 email: bsw@paderborn.com
 internet: www.schulze-waltrup.de

Geboren am 02. September 1966 in Paderborn

1985 Abitur am Reismann-Gymnasium in Paderborn
 1985 – 1986 Grundwehrdienst in Augustdorf
 1986 – 1993 Studium der Geographie an der Westf.-Wilhelms-
 Universität Münster
 1996 – heute Verkehrsplaner im ÖPNV bei der KVG Lippe mbH

Politisch

- Vorsitzender des CDA Kreisverbandes Paderborn
- Stv. CDA Bezirksvorsitzender OWL
- Mitglied des CDA Bundesvorstandes
- Vorsitzender CDU Ortsunion Paderborn
- Mitglied des Kreistages Paderborn dort: Vorsitzender des Sozial und Gesundheitsausschusses und stv. CDU Fraktionsvorsitzender

Vereine

Mitgliedschaft in
 SC Grün-Weiß Paderborn
 Paderborner Tafel
 Kinderschutzbund Paderborn (Vorstand)
 Paderborner Bürgerschützenverein

Persönliches

Familie, Freunde, lesen, laufen

Bisher sind in der Reihe Königswinterer Notizen erschienen:

01 Das Herz schlägt links. Die Partei „Die Linke“ und die Gewerkschaften
Karsten Matthis, Mai 2010

02 Von Tagelöhnern, digitaler Bohème und der Würde der Arbeit.
Prekäre Beschäftigung aus christlich-sozialer Sicht
Martin Kamp, Juni 2011

03 Die christlich-demokratische Arbeitnehmerschaft und der DGB
Rudolf Uertz, Dezember 2011

04 Frieden zwischen Christen und Muslimen. Gemeinsamer Humanismus
als Alternative zum Kampf der Kulturen
Elmar Nass, November 2012

05 Aufstieg durch Bildung
Uwe Schummer, Dezember 2012



Stiftung Christlich-Soziale Politik e. V.
Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter (AZK)
Johannes-Albers-Allee 3
53639 Königswinter
Tel.: 02223 / 73 119